

AUSSPRACHE

„Konstruktive Gewerkschaftspolitik“

Das Aktionsprogramm des DGB klärt keine wesentlichen Grundsatzfragen der deutschen Gewerkschaftspolitik. Gewerkschaftspolitische Grundsätze werden auf den Bundeskongressen aufgestellt. Das Aktionsprogramm enthält — auf der Basis der Konzeption, wie sie in München, Berlin und Frankfurt beschlossen wurde — ausschließlich Tagesforderungen, die bei entsprechender gewerkschaftlicher Aktivität heute erfüllbar sind.

Die Gewerkschaften sehen ihre Aufgabe nicht nur darin, innerhalb der kapitalistisch-unternehmerischen Wirtschaft das Leben der arbeitenden Menschen durch Reformen einigermaßen erträglich zu machen, sie streben darüber hinaus eine Änderung der bestehenden Wirtschaftsordnung an: eine echte Demokratisierung der Wirtschaft. Diese schwierige Aufgabe kann nicht, wie *Fritz Fricke* in seinem Beitrag „Konstruktive Gewerkschaftspolitik“ im Juniheft richtig sagt, dadurch gelöst werden, daß man das Herrschaftsverhältnis der „Kapitalisten über die Arbeiter“ in ein Herrschaftsverhältnis der „Arbeiter über die Kapitalisten“ verwandelt. Die Gewerkschaften müssen unter den augenblicklichen Herrschaftsverhältnissen die materielle Lage der Arbeitnehmer verbessern, ohne dabei jedoch ihr letztes Ziel, nämlich die Änderung des Bestehenden, aus dem Auge zu verlieren. Gewerkschaftspolitik kann nur richtig sein, wenn sie gleichzeitig versucht, diese beiden Ziele, das reformistische Nahziel und — wir dürfen es ruhig offen sagen — das revolutionäre Fernziel zu erreichen.

Gewerkschaften sind aber Massenbewegungen. Ohne die Begeisterung der Arbeiterschaft für die gewerkschaftlichen Ziele kann weder die ständige Verbesserung der sozialen Situation noch die Änderung der politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten verwirklicht werden. Es ist deshalb richtig, sich Gedanken darüber zu machen, ob die alten Methoden zur Aktivierung der Arbeitnehmer noch ausreichen. Ideologische Redensarten, und seien sie noch so radikal, helfen sicherlich nichts. Notwendig ist die betonte Hervorhebung der großen materiellen Vorteile, die der Zusammenschluß der arbeitenden Menschen in den Gewerkschaften mit sich bringt. Das Aktionsprogramm hat neben der Verkündung der sozial gerechtfertigten und ohne wirtschaftliche Schwierigkeiten — darauf muß man immer wieder hinweisen — heute schon realisierbaren Forderungen eben diese Aufgabe übernommen. Es wird überbeansprucht, wenn man verlangt, daß es wesentliche Grundfragen der gewerkschaftlichen Politik zu klären habe. Es

kann deshalb auch nicht, wie *Fritz Fricke* meint, Ausgangspunkt weiterer grundsätzlicher Überlegungen sein.

Wichtig ist allerdings, die in dem Artikel *Frickes* aufgeworfenen Fragen ernsthaft zu diskutieren und zu versuchen, die beiden oben genannten Aufgaben der Gewerkschaften in ein richtiges Verhältnis zueinander zu bringen. Dabei darf die Gefahr nicht unterschätzt werden, daß man leicht im Reformismus hängen bleiben und aus lauter Sorge, als radikal verschrien zu werden, die wichtigsten Aufgaben vergessen kann.

Es wird nicht genügen, etwa durch einwandfreies statistisches Material das Mißverhältnis zwischen Löhnen und Unternehmergewinnen aufzuzeigen und den Nachweis zu erbringen, daß die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, abgesehen von den technischen Schwierigkeiten, ohne weiteres eingeführt werden könnte, oder die Sozialversicherungsleistungen bei einer gesunden Steuerpolitik ohne stärkere Beanspruchung der Arbeitnehmer-Einkommen erheblich zu steigern wären — die „reichen Leute“ dürften Geld genug haben, um Institute und Statistiken zu finden, die in jedem Fall das Gegenteil beweisen. Wenn man überlegt, in welchem Umfang die Institutionen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung von den Besitzern des wirtschaftlichen Produktionsapparates mit Hilfe von fast unbegrenzten finanziellen Mitteln gewissermaßen unter Kontrolle gehalten werden, dann ist es fraglich, ob die Arbeitnehmer genügend Möglichkeiten haben, mit ihren Auffassungen, und seien sie noch so richtig, überhaupt an die Öffentlichkeit zu dringen. Die Auseinandersetzungen um eine echte Mitbestimmung in der Wirtschaft durch das Betriebsverfassungsgesetz waren ein Beweis dafür, daß zu einer guten Gewerkschaftspolitik auch der Mut gehört, für eine gesunde und fortschrittliche Entwicklung etwas mehr einzusetzen als Statistiken und ähnliche Argumente.

Es ist richtig, daß Gespräche mit den Unternehmerverbänden, Vereinbarungen über Schlichtungsordnungen, Manteltarifvertragsverhandlungen usw. nicht aus dem Aufgabenbereich der Gewerkschaften verbannt werden können. Wenn es um sachliche Dinge geht, ist ein Gespräch mit den Unternehmern durchaus am Platze. Doch wäre es bedenklich, die Forderungen des Aktionsprogramms zum Gegenstand einer Aussprache zwischen den Spitzenverbänden zu machen. Man liefe Gefahr, daß bei den Arbeitnehmern die trügerische Hoffnung erweckt würde, die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und die Erfüllung sozialpolitischer Wünsche bedürften keiner gewerkschaftlichen Aktionen mehr, sondern könnten am runden Tisch durchgesetzt werden.

Das Aktionsprogramm bleibt ein Stück Papier, wenn die Gewerkschaften und der DGB

nicht einen wesentlichen Teil ihrer Energien darauf verwenden, Möglichkeiten zu seiner Verwirklichung zu schaffen. Dabei ist nicht zu vermeiden, daß einige grundsätzliche Überlegungen stärker in den Vordergrund gerückt werden. Da ist z. B. die Koordinierung der Politik der 16 Industriegewerkschaften durch den DGB. Die Lohnpolitik kann natürlich nicht zentralisiert werden. Es besteht aber wohl kein Zweifel, daß die Lohnpolitik einer Gewerkschaft bei der Kompliziertheit unserer heutigen „Wirtschaft nicht ohne Einfluß auf die der anderen Gewerkschaften bleibt. Schließlich ist es nicht ungefährlich, wenn die Löhne weiterhin so auseinanderklaffen, wie es im Augenblick der Fall ist. Es sind keineswegs immer die verschiedenartigen Anforderungen, die die Lohnhöhe bestimmen, sehr oft ist es die mehr oder weniger wichtige Rolle, die ein Industriezweig in der Wirtschaft spielt. Aber auch das Ausmaß der sozialen Zuwendungen, die die einzelnen Gewerkschaften ihren Mitgliedern zugestehen können — sie sind nicht immer davon abhängig, welche Beiträge die Mitglieder zahlen, sondern vielmehr davon, wieviele Lohnkämpfe eine Gewerkschaft zu führen und mit welchen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Industriezweig zu kämpfen hat, den sie vertritt —, macht es notwendig, mehr als bisher nach Gesichtspunkten zu handeln, die für die Gewerkschaften ganz allgemein gültig sind.

Zur Durchsetzung des Aktionsprogramms gehört eine konstruktive Gewerkschaftspolitik. Sie muß vor allem in der Lage sein, die Arbeitnehmer für die Lösung ihrer eigenen Probleme zu aktivieren.

Heinz Seeger

Warum nicht „Produktivität“?

Dr. Viktor Agartz hat völlig recht, sich dagegen zu wenden, daß der Begriff der Produktivität mißbraucht wird, um Fehlinvestitionen, planloses Wirtschaften und dadurch verursachte Substanzverluste auf Kosten der Löhne wieder auszugleichen. Es liegt aber doch kein Anlaß vor, dieses Wort deshalb schlechthin als Schlagwort zu diskreditieren.

Natürlich muß man zunächst seine Bedeutung klarstellen. Das meiste, was in dieser Hinsicht aus dem Zitatenschatz von Agartz' dogmengeschichtlichen Bemerkungen ersichtlich ist, trägt freilich dazu bei, eine Begriffsverwirrung hervorzurufen, die jedem — nicht nur „dem Laien und dem wissenschaftlichen Ignoranten“ — eine Sinndeutung ermöglicht, die ihm passend erscheint.

Wir haben in England eine ungemein lebendige Diskussion über die Produktivität, ihre Bedeutung für die Verkürzung des Arbeitsprozesses, für die Vermehrung und Verbilligung der Konsumgüter. Auch das Wort ist

dasselbe: *productivity*. Aber niemand käme hier auf die Idee, es könne etwas anderes bezeichnen als den Grad der *Ergiebigkeit des Produktionsprozesses* — was Agartz ja auch als eine der Definitionen anführt. Offenbar gab es — oder gibt es? — im deutschen Sprachgebrauch, wie die erwähnten Zitate beweisen, noch eine Reihe anderer Definitionen: *Liefmann, Sombart, Paulsen . . .*; wenn sie alle gleichzeitig gebraucht werden, dann bleibt natürlich nicht viel übrig als ein vages Schlagwort.

Ich hoffe, mich aus diesem Wirrwarr heraushalten zu können, wenn ich nur auf die hierzulande eindeutige Definition eingehe, für die Agartz ja auch ein Beispiel gibt, nur daß er es leider verzerrt. Er schreibt (Seite 351, Juniheft 1955): „Wenn eine bestimmte Menge Feinblech nach altem Produktionsverfahren von 350 Arbeitskräften in acht Stunden erzeugt wurde, heute aber auf einer modernen Straße von 30 Arbeitskräften bewältigt wird, so ist statistisch die „Produktivität“ um das elffache gestiegen. Wie wenig sagt eine solche Feststellung lohnpolitisch aus; logischerweise müßte, bei gleichbleibenden Preisen, an 30 Arbeitskräfte die gleiche Lohnsumme gezahlt werden wie vorher an 350 Menschen.“

Logischerweise? Warum geht Agartz dann von einer unlogischen Voraussetzung aus? Wenn bei der Herstellung durch ein rationelleres Verfahren 90 vH der Arbeitskräfte eingespart werden, dann bleiben eben Kosten und Preise nicht gleich. Die Arbeiter könnten etwa den doppelten Lohn bekommen (expansive Lohnpolitik), und der Preis könnte immer noch erheblich reduziert werden. Das betriebswirtschaftliche Kostenelement würde als volkswirtschaftliches Element der Gesamtheit zugute kommen. Das Kostenelement würde die weitere volkswirtschaftliche Bedeutung haben, daß die eingesparten Arbeitskräfte für die Erzeugung anderer Güter zur Verfügung stehen. Gerade der Planwirtschaftler wird diese Wirkung der Produktivitätssteigerung hoch bewerten, denn die auf Vollbeschäftigung und Hebung des Lebensstandards abgestellte Wirtschaft kann die dafür benötigte Produktionserhöhung nur durch die Produktivitätssteigerung erreichen. Jede Verbilligung der Produktion (Kostenelement) ist ja gleichzeitig eine Materialeinsparung (volkswirtschaftliches Element der gesellschaftlichen Reproduktion — in der Sprache von Agartz). Es ist nach der klaren Definition nicht der geringste Grund vorhanden, das Wort Produktivität zwischen zweifelnde Anführungsstriche zu setzen!

Genauso wird diese Frage denn auch in England behandelt, und zwar gerade von den Gewerkschaften. Die Tatsache, daß hier nun seit 15 Jahren keine Arbeitslosigkeit mehr besteht, die berechtigte Forderung nach Steigerung des Lebensstandards also geradezu nach technischer Rationalisierung drängt — nach Erhöhung der

Produktivität —, hat auch im britischen Gewerkschaftsbund TUC eine andere Einstellung dazu bewirkt. — seitdem man nicht mehr fürchtet, durch Rationalisierung Arbeiter „frei“ zu setzen. Man erkennt auch, daß in einer Volkswirtschaft, die — wie die deutsche — noch Reserven an Arbeitskräften hat, Lohnerhöhungen als Mittel zur Kaufkraftsteigerung in jedem Fall zur Ausdehnung des Produktionsvolumens ohne inflationistische Gefahren führen. In der wirklich vollbeschäftigten Wirtschaft haben allgemeine Lohnerhöhungen nur dann keine inflationistische Wirkung, wenn sie von einer Steigerung der Produktivität begleitet sind.

Die Steigerung echter Kaufkraft ist ja nicht nur eine Frage der Verteilung des Geldes, sondern auch der Zunahme der Konsumgüter im weitesten Umfang — also der Erhöhung des Sozialprodukts. Daher sind auch die Wertung von Löhnen und Arbeitszeit als Kostenelemente und als Elemente der gesellschaftlichen Reproduktion nicht Gegensätze — wie Agartz zu sagen scheint, sondern zwei Kategorien derselben Sache: Wir brauchen die Kostenelemente, um die Elemente der gesellschaftlichen Reproduktion in Größenverhältnissen zueinander beobachten und ausdrücken zu können.

Das alles heißt natürlich nicht, daß man in der vollbeschäftigten Wirtschaft nun mit Lohnforderungen zu warten hätte, bis die Statistik die Steigerung der Produktivität nachweist. Natürlich ist die Frage des Anteils des Arbeitseinkommens am Sozialprodukt, sein Verhältnis zum Unternehmerrgewinn, auch eine eminent politische! Der ständige Druck der Lohnbewegungen schlägt in einer vollbeschäftigten Wirtschaft besonders wirkungsvoll zugunsten der Arbeitnehmerschaft aus; er ist ein Mittel, das Unternehmertum zur Steigerung der Produktivität anzufeuern und damit den Produktionsapparat instand zu setzen, der steigenden Kaufkraft das steigende Warenangebot zu liefern.

Bernhard Reichenbach (London)

„Lohn, Arbeitszeit und Produktivität“

Das Juniheft enthält einen Aufsatz von *Dr. Viktor Agartz* über „Lohn, Arbeitszeit und Produktivität“, der einer Reihe von Ergänzungen und Korrekturen bedarf. Richtig ist sicher, daß der Begriff der Produktivität, den der Verfasser auf eigene Art zu definieren versucht, heute in der öffentlichen Diskussion in vielfacher Weise gebraucht und auch mißbraucht wird. Man sollte daher meinen, daß es *Dr. Agartz* auf eine Klärung dieses so vielfältig angewendeten Begriffs ankomme. Diese Vermutung liegt um so näher, als er vor rund einhalb Jahren — in seinem vielumstrittenen

Aufsatz zur „expansiven Lohnpolitik“ — die Lohnpolitik in engen Zusammenhang mit der Konjunkturpolitik brachte. Wer sich auskennt, wird wissen, daß jeder Konjunkturpolitiker ohne die Beobachtung der Produktivitätsentwicklung (der Güterseite) seine Arbeit einstellen könnte. Was soll also in diesem Zusammenhang ein Zitat von *Max Weber*, „man solle ihn (den Produktivitätsbegriff) in den Orkus werfen“? Wir wissen heute, daß in bestimmten wirtschaftlichen Situationen auch lohnpolitische Maßnahmen durchaus konjunkturfördernde Wirkungen haben können. Die Gewerkschaften würden die Erfüllung einer ihrer wesentlichsten Aufgaben in Frage stellen, wenn sie dies übersehen würden. Eine saubere Beschreibung der verschiedenen Inhalte des Produktivitätsbegriffes wäre daher dringend nötig. Agartz verweist diesen Begriff aber leider in den transzendentalen Bereich der Metaphysik und bezeichnet jeden, der ihn anders als in seinem Sinne gebraucht, als volkswirtschaftlichen Laien oder wissenschaftlichen Ignoranten.

Um seine Thesen zu stützen, bedient sich Agartz eines umfangreichen Zitatenschatzes alter Meister der Nationalökonomie. Diese dogmengeschichtlichen Bemerkungen aus der Zeit des „Wertstreites“ mögen dem, der seine Studien auf die moderne Literatur konzentriert, eine interessante Ergänzung sein, dem Gewerkschafter sagen sie für seine tägliche Praxis jedoch nichts.

Es ist müßig, auf die von Agartz angeführten Zitate heutzutage noch einzugehen. Der Konjunkturforscher und der Statistiker wissen sehr wohl um die Grenzen und den Aussagewert der zur Produktivitätsentwicklung errechneten Größen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der AfA-Kreis des DGB dies in seinem Informationsdienst jetzt ausführlich dargestellt hat.

Man ist verwundert, im letzten Teil des Agartzschen Aufsatzes zu lesen, „Rationalität und Produktivität schlagen in einer kapitalistischen Wirtschaft, welche Tauschwerte, Waren, erzeugt, in Rentabilität um“, und weiter, „die heute laufend propagierte Produktivität ist mit der privatwirtschaftlichen Gewinnerzeugung identisch“. Das heißt nach Agartz: „Die gewerkschaftliche Lohn- und Arbeitszeitpolitik steht nicht der Produktivität, sondern der Frage gegenüber, ob die Rentabilität der Unternehmungen ein Kriterium ihres Handelns sein kann!“ Weiter vorn stellt Agartz aber fest, daß die Produktivität für sich allein nicht aussage, „ob sie mit einem Ertrag oder mit einem Verlust zustande gekommen ist“. Das ist ziemlich verwirrend.

Natürlich hat Agartz recht, wenn er dann erklärt: „Man muß die Frage, ob die Rentabilität Grundlage einer Lohnpolitik sein kann, entschieden verneinen.“ Aber wer spricht da-

von? Daß es sich bei Produktivität (als ökonomisch-technischem Begriff oder so wie er vom Statistischen Bundesamt ausgewiesen wird) und Rentabilität um gleiche Größen handelt, wird doch wohl im Ernst niemand behaupten können! Beide Entwicklungsreihen können durchaus gegenläufig sein. Selbstverständlich wird ein Unternehmen seine Produktivität nur erhöhen, wenn es hoffen kann, damit seine Rentabilität zu steigern. Aber nicht jede Produktivitätserhöhung vermehrt auch die Rentabilität. Gerade dies soll doch das der Marktwirtschaft zugrunde liegende Gesetz sein.

Schließlich behauptet Agartz, „eine Marktwirtschaft ist anarchisch, da sie sich ausschließlich nach der Chance der Gewinnerzielung ausrichtet“. Das ist ein Widerspruch in sich. Wenn sie sich (und sei es nach dem Gewinn) *ausrichtet*, ist sie nicht anarchisch. „Aus dieser Anarchie erklären sich die zahllosen Fehlstrukturen ganzer Branchen“. Als Beweis nennt Agartz die Landwirtschaft, den Einzelhandel, die Mühlenindustrie, die Sägeindustrie usw. In seiner Rede auf dem Frankfurter Kongreß des DGB bezeichnete er die Landwirtschaft jedoch als „nicht zur Marktwirtschaft gehörig“; er teilte sie den „gebundenen Bereichen“ zu. Im übrigen produzieren auch diese Zweige für den Markt. Was ihnen fehlt, ist Wettbewerb. So ist es auch bei den anderen von Agartz genannten Zweigen.

Agartz wendet sich gegen die in letzter Zeit mehrfach genannten Vorschläge einer dem Produktivitätsfortschritt entsprechenden stufenweisen Arbeitszeitverkürzung. Diese Vorschläge eines etappenweisen Vorgehens wurden nicht am grünen Tisch ausgedacht. Es liegen ihnen sehr nüchterne betriebstechnische und wirtschaftliche Überlegungen zugrunde. Sie sind selbstverständlich überall dort nicht angebracht, wo sich der Übergang zur 40-Stunden-Woche reibungslos vollziehen läßt und wo sich das Betriebsergebnis gar nicht oder nur unwesentlich verringert. Im Durchschnitt kann man aber bei einer sofortigen 16²/3prozentigen Arbeitszeitverkürzung mit einem Rückgang der Produktion von 7 bis 8 vH rechnen. Praktisch läuft dies auf eine Erhöhung der Stückkosten hinaus. Die Frage ist also, wie man dies vermeiden kann, denn kein Betrieb wird angesichts der gegenwärtigen Hochkonjunktur eine Senkung des Betriebsergebnisses in Kauf nehmen, es sei denn, daß ein Ausgleich durch vermehrte Überstunden erzielt wird. Das ist aber nicht der Zweck der Sache. Auch kann ein Produktionsabfall schon deshalb nicht erwünscht sein, weil er eine Reihe volkswirtschaftlicher Anpassungsvorgänge verschärfen mußte. Die andere Möglichkeit, den Ausgleich durch verstärkte Rationalisierungen zu schaffen, ist aber — schon aus technischen Gründen — nur mittelfristig (über 2 bis 4 Jahre) möglich, also dem derzeitigen

Produktivitätsfortschritt entsprechend. Die Verknüpfung des Lohnausgleichs mit der allgemeinen Lohnpolitik freier Tarifparteien ist dabei nur scheinbar.

Welchen anderen und besseren Weg zur 40-Stunden-Woche kann Dr. Agartz aufzeigen? Konkretes sagt er nicht. Sein politischer Seitenhieb ist keine Lösung: „Die heutige Diskussion um die 40-Stunden-Woche ist mit aller wohlmeinenden Testierung die gleiche wie die Erörterung des Achtstundentages in den Novembertagen 1918, als die Arbeiterschaft vorübergehend im Besitze der politischen Macht war.“ Ist dies nun Resignation oder Radikalismus?

„Der Versuch einer Radikalisierung der Gewerkschaftspolitik ohne Rücksicht auf ihre sozialen und ökonomischen Rückwirkungen würde schon angesichts der geistigen Haltung der politisch indifferenten Teile der Mitgliedschaft zum Scheitern verurteilt sein. Es ist überflüssig, diesen Gedanken auch unter ökonomisch-sozialen Gesichtspunkten zu prüfen. Die Alternative zu einer radikalisierten, also destruktiven Gewerkschaftspolitik ist eine *konstruktive*.“ Diese Worte von *Fritz Fricke* stehen ebenfalls in der Juni-Nummer der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“. Mit Recht verweist Fricke auf die Gewerkschaftsbewegungen der skandinavischen Länder und auf England. Im Zusammenhang mit der 40-Stunden-Woche könnte man auch die USA und Australien hinzusetzen. Von dort her, aber auch von der praktischen Arbeit und der Gewerkschaftspolitik aller dem DGB angeschlossenen Verbände kommen Fingerzeige und wertvolle Anregungen.

Gerhard Kroebel

Christentum und Marktwirtschaft

Das Thema „Christentum und Marktwirtschaft“, das von *Dr. Viktor Agartz* im Maiheft behandelt wird, ist nicht nur für den Wirtschaftstheoretiker und den Theologen wissenschaftlich interessant, sondern hat für das ganze Volk eine lebenswichtige Bedeutung. Wirtschaften bedeutet ein sittliches Handeln, dessen Probleme nur vom christlichen Glauben her geklärt werden können. Der Anspruch der göttlichen Offenbarung auf Kündigung absoluter Wahrheit und auf Wirkung im irdischen Dasein ist allgemein, auch vom Referenten, anerkannt.

Die göttliche Botschaft will die Menschenherzen revolutionieren, deshalb muß sie aus unbestrittener Transzendenz Gebote und Normen für das menschliche Denken und Handeln in die Welt hineinrufen. Hier ist der Ausgangspunkt aller Sittlichkeit, seitdem die Offenbarung Gottes Geschichte geworden ist.

Der Verfasser weiß, daß die in der Offenbarung gegebenen Gebote nicht konkreter Na-

tur sind, und wir keine greifbare christliche Wirtschaftsethik daraus ableiten können. Alle diese Normen bedürfen erst der Zuspitzung auf die konkrete Situation, in die sie hineinwirken sollen. Die Situationen sind aber in sich so differenziert und auch schnell wandelbar, daß es einer ununterbrochenen Interpretation bedarf.

Selbstverständlich ist die biblisch-theologische Basis, die sich der Verfasser in seinen Anfangsworten zu schaffen versucht, viel zu schmal und dürftig, als daß er für die Interpretation der aufgezeichneten Situationen sich hätte Aspekte und Hilfen holen können. Es wäre gerade wichtig gewesen, von ihm zu lesen, wie er sich die Realisierung des Offenbarungsgehaltes da denkt. Wir könnten ihm aus der Arbeiterexistenz sicherlich die Fragwürdigkeit von vornherein testieren.

Die sittlichen Normen sind trotzdem vorhanden und fordern, von allen Menschen gehört zu werden, auch von denen, die in konkreten Wirtschaftsgemeinschaften ihr eigenes Ethos glauben entwickeln und vertreten zu können.

Die sittlichen Weisungen, die wir aus der Heiligen Schrift ableiten, müssen erst den Umständen und der besonderen Zeitlage entsprechend konkretisiert werden, um überhaupt auf die Gestaltung unseres wirtschaftlichen Lebens anwendbar zu sein. Diese Konkretisierung kann nur eine theologische Wirtschaftsethik durchführen, während die Volkswirtschaft die Aufgabe hat, daraus die Konsequenzen für die Gestaltung der Wirtschaft zu ziehen. Der Verfasser hat nun die Konkretisierung aus seiner Ideologie vorgenommen, nicht aber wie sie die gültige Offenbarung in Christus ihrem Wesen nach für seine Fragen fordert. Bei ihm liegt also die Konsequenz schon in der Anlage der Konkretisierung.

Es ist selbstverständlich sehr erfreulich, wie oft sich beide berühren, und es ist ein unmißverständlicher Ruf an die Kirche, diese Fragen immer wieder grundsätzlich zu durchdenken und den Praktikern das Rüstzeug an die Hand zu geben.

Diesen Aufsatz wird jeder Theologe mit Freude lesen.

Ich kann nun im Rahmen einer Leserzuschrift nicht alle Punkte seiner ideologischen Konkretisierung beschreiben, die von der Offenbarung Gottes (Bergpredigt und Begriff der Sünde) her sich anders ansehen. Nur möchte ich, von den biblischen Vorbemerkungen ausgehend, auf die wichtigste Tatsache aufmerksam machen, von der her die Kirche zu konkretisieren hat, damit sie biblisch bleibt.

Dr. Agartz spricht richtig von der Urgemeinde als Leib Christi, die, des Organisatorischen und Institutionellen entbehrend, ihre Form und Gemeinschaft im „Teilhaben an Christus“ hat, was sich nach außen in

gegenseitiger Liebe äußert. „Verkaufe alles, was du hast, und gib's den Armen, so wirst du einen Schatz im Himmel haben...“ Wie schwer werden die Reichen in das Reich Gottes kommen...“ Lk. 18, 22. „Essen, trinken, kaufen, verkaufen, pflanzen und bauen stehen unter dem Eindruck des kommenden Tages, wenn des Menschen Sohn soll geoffenbart werden“, wie uns in Lk. 17, 28—30 berichtet ist. An der Stellung zu diesem kommenden Christus entschied sich für die Urgemeinde, was in Kosmos, Geschichte und Wirtschaft sinnvoll oder sinnwidrig war. Sie wußte noch lebendig, am Ende der Geschichte wird offenbar, daß Christus das Telos allen Geschehens ist. Durch ihn werden Himmel und Erde neu gemacht, nur die kommen zum Ziel, die aus dem Geheimnis dieser seiner Gegenwart leben und wirtschaften.

Die Konkretisierung ist also nur christlich, wenn sie von Christus als dem eschatologischen Telos auch und gerade des wirtschaftlichen Geschehens kommt, der so dieses Geschehen auf dem gottgefährlichen Sektor der Wirtschaft in Spannung hält und verhütet, daß die Wirtschaft in Selbstherrlichkeit sich gegen Gott und die Menschen wendet. Das Kapital als Verfügungsgewalt über den Menschen ist vor Gott abscheulich.

Christus als Telos ist die geheime Dynamik Gottes in der Wirtschaft, die alles Ruhen — wie sich's die Nutznießer so schön wünschen — in den Größen und Dingen der Welt zerschlägt. Wer also bestehende Unordnung christlich tarnen will, um sie zu erhalten, wird vor Gott schuldig. Das wirtschaftliche Handeln haben wir als Christen heute nicht als zwangsläufige Folge einer institutionellen Haltung zu verstehen, vor der tatsächlich unser christliches Gewissen nur noch Rückzugsgefechte macht, sondern wir haben es als ein Werk des Menschen zu begreifen, der in der Spannung des eschatologischen Erlebnisses handelt. Weil diese Spannung nicht mehr da ist, kann auch keine letzte Verantwortung mehr da sein. Es ist die größte Schuld der Christenheit vor Gott, daß sie sich von der Länge der Zeit hat täuschen lassen und selbst nicht mehr in dieser Spannung lebt. Wie will sie die anderen dazu bringen? Verstehen wir jetzt die Schwierigkeit der Konkretisierung der biblischen Botschaft seitens der Kirche? Nicht die Wirtschaft steht unter Gottes Gesetz, und man kann nicht so argumentieren, daß eine durch sozialistische Korrektive gebändigte Marktwirtschaft dann so als wirtschaftliches System dem Gesetz Gottes entspricht, sondern der in der Wirtschaft handelnde Mensch. Darum: Es geht nicht ohne Gottes Gebot und Gottes Wort! Das Wort Gottes kann die Krisis nicht nur aufdecken, sondern tatsächlich auch überwinden!

Fritz Reber

Mehr Toleranz und Sachlichkeit

Die Veröffentlichung des Beitrages von *Dr. Walter Horn* in einem dem Mai-Heft der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ beigefügten Sonderdruck erfüllt mich mit großer Sorge. Die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ haben sich, wie ich immer wieder feststellen konnte, auch in Kreisen, die den Gewerkschaften nicht nahe stehen, wegen der Sachlichkeit und des hohen Niveaus der in ihren Spalten geführten Diskussion einen ausgezeichneten Ruf erworben und selbst politischen Gegnern Achtung abgerungen. Ich gehöre gewiß nicht zu den Leuten, die wegen der einen oder anderen polemischen Spitze in einer politischen Debatte Zimperlichkeit an den Tag legen. Was sich aber *Dr. Horn* in dem genannten Beitrag geleistet hat, verstößt gegen Anstand und guten Geschmack. Daß es sich dabei keineswegs um einen subjektiven Eindruck handelt, wurde mir in einer Vielzahl von Unterhaltungen mit Gewerkschaftskollegen bestätigt. Ich habe nicht einen Kollegen getroffen, der die Form dieser Veröffentlichung *nicht* beanstandet hätte.

Als Beleg für diesen Vorwurf seien die folgenden Wendungen aus Horns Arbeit zitiert: „Die Behauptung von Wahnvorstellungen, wie sie *Nell-Breuning* ausspricht, kennzeichnet nur den eigenen Grad von Zwangsvorstellung, hinter der ja nach der Lehre von der Psychopathologie in der Regel Angstneurosen stehen, die nicht gerade zu wissenschaftlicher Arbeit qualifizieren“ (S. 6). Und auf S. 28 wird *Nell-Breuning* beschuldigt, „die Geschichte sogar in ihrer jüngsten Entwicklung falsch zu interpretieren oder überhaupt in ihren wichtigsten Daten bewußt zu fälschen“. Solche Äußerungen haben mit einer sachlichen Auseinandersetzung nichts zu tun und sind gewiß nicht geeignet, die Atmosphäre zu entgiften.

Diese Entgleisungen sind um so bedauerlicher, als in dem Artikel ein Mann mit beleidigenden Worten angegriffen wird, dem man weiß Gott nicht absprechen kann, daß er für die Sache der Gewerkschaftsbewegung nicht nur vor Jahrzehnten mutig und unverblümt eingetreten ist, sondern dies auch in der jüngsten Vergangenheit wiederholt getan hat. Einen solchen Mann in der Weise, wie es geschehen ist, vor den Kopf zu stoßen, ist nicht nur unwürdig, sondern auch unklug. Wenn *Horn*, wie er erklärt, auch nicht beabsichtigt hatte, die „Tendenzen zu einer Spaltung der Gewerkschaften zu verschärfen“, so hat er doch mit seinem Beitrag den Spaltem keinen besseren Dienst erweisen können.

Zu dem sachlichen Gehalt von Horns Ausführungen, der ja leider von der Form der Darstellung zuweilen überschattet wird, soll hier nicht ausführlich Stellung genommen wer-

den. Gegenstand meiner Kritik bilden Horns persönliche Spitzen. Zu seiner Entschuldigung wird *Horn* vielleicht anführen, daß *Nell-Breuning* in seiner Münchener Rede die Grenze des Sachlichen ebenfalls überschritten habe. Wenn dies auch nur als mildernder Umstand anerkannt werden kann, so läßt sich der Tatbestand selbst leider nicht leugnen. Wer *Nell-Breunings* Ausführungen sorgfältig nachliest, kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß zwischen dem sachlichen Gehalt seiner gegen *Agartz* gerichteten Vorwürfe und der Schärfe seiner Diktion ein augenfälliges Mißverhältnis besteht. Ein Beispiel: *Agartz* führte in Frankfurt aus, daß der „gebundene Teil“ unserer Wirtschaft auf mindestens 70 vH zu veranschlagen sei, so daß von einer bestehenden Marktwirtschaft nicht die Rede sein könne. *Nell-Breuning* meint hierzu, daß das „Auseinanderhacken“ der Wirtschaft in marktwirtschaftliche und nicht-marktwirtschaftliche Sektoren zu falschen Vorstellungen vom Funktionieren der Volkswirtschaft führe. Und dann fügt er wörtlich hinzu: „Das erzeugt in den Köpfen derer, denen man das vorsetzt, eine ausgesprochene Wahnvorstellung.“ Das ist, milde ausgedrückt, starker Tobak. Es liegt auf der Hand, daß der scharfe Ton, den *Nell-Breuning* hier in die Auseinandersetzung bringt, durch das Ausmaß der sachlichen Meinungsunterschiede in keiner Weise gerechtfertigt ist. Denn *Nell-Breuning* gelangt haargenau zu derselben Schlußfolgerung wie *Agartz*: Die Wirtschaft ist als Ganzes nicht-marktwirtschaftlich verfaßt.

Nell-Breuning hat sich bei seinem Angriff gegen *Agartz* auch meiner Meinung nach in der Wortwahl entschieden vergriffen. Anstatt die Dinge zurechtzurücken, ist aber *Horn* leider „in eine tief darunterliegende Arena“ abgestiegen.

Was aber *Nell-Breuning* betrifft, so ist er sehr schlecht unterrichtet, wenn er glaubt, daß ein nennenswerter Teil der Gewerkschaftskollegen, ob konfessionell orientiert oder nicht, eine Spaltung befürwortet. Jeder hat im DGB das Recht, eine politische Äußerung, von wem sie auch abgegeben werden mag, zu kritisieren und an der politischen Willensbildung innerhalb der Gewerkschaften mitzuwirken. Wer jedoch zu Drohungen seine Zuflucht nimmt, um einen bestimmten politischen Kurs durchzusetzen, wird, wie die Erfahrung hier wieder einmal gezeigt hat, nicht zur Besinnung, sondern zu erneuten Unbesonnenheiten Anlaß geben. Ob *Nell-Breuning*, wenn unter diesen Umständen die Gewerkschaftseinheit zu Bruch geht, sich „in aller Bescheidenheit das Zeugnis des guten Gewissens erteilen“ kann, wird er mit sich selbst ausmachen müssen.

Konrad Schayer

Apologie vergangener Fehler?

Die Einwände *Prof. Abendroths* und *Otto Brenners* in Nr. 4 und 5 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ lassen mich um Raum zu einer kurzen Erwiderung bitten.

Abendroth sieht in meiner Kritik eine „Apologie vergangener Fehler“, Brenner tadelt, daß ich „kritiklos alles, was in der Vergangenheit geschah, idealisiere“. Beide irren. Wenn Abendroth fragt, ob es Aufgabe des Gewerkschaftshistorikers sei, „jedes Verhalten der gewerkschaftlichen Führungen vergangener Jahre zu rechtfertigen“, oder ob es nicht seine Pflicht sei, „auch auf die Fehlerquellen damaliger gewerkschaftlicher Taktik hinzuweisen“, so gibt es nur eine Antwort. Keine geschichtliche Beurteilung, die ernst genommen sein will, wird ein Verhalten, hier also ein Verhalten früherer Gewerkschaftsführungen, entgegen historischer Wahrheit rechtfertigen, nur um die Vergangenheit „autoritätsgläubig“ zu verherrlichen. Täte sie es, so entstünde eine Geschichtsklitterung, die ihrem Urheber jeden Anspruch auf Ernsthaftigkeit versagen müßte. Auch ich will, daß der junge Gewerkschafter das Verhalten der einstigen Führung und natürlich auch das ihrer Widersacher zu den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen jener Zeit kritisch und ohne Autoritätsgläubigkeit prüft. Diesen Grundsatz habe ich in meinen Vorträgen stets mit Entschiedenheit vertreten.

Insoweit gehe ich mit Prof. Abendroth durchaus einig. Ablehnen muß ich daher, wenn er meine Kritik seines Buches als „Verteidigung vergangener Fehler“ abtun möchte. Gewiß ist nicht jede Haltung der Partei oder der Gewerkschaften sakrosankt. Manche Entscheidung hat sich im Laufe der Zeit oder nach einer zunächst nicht absehbaren Entwicklung als Fehler erwiesen. Gilt dies nun auch für die großen Linien, die der Bewegung Richtung und Ziel gaben, wie z. B. der Einstellung zum politischen Massenstreik, der Haltung bei Kriegsausbruch und im ersten Weltkrieg, 1918/19 zur Räteverfassung oder zu den politischen und wirtschaftlichen Problemen der folgenden Jahre? Was waren Fehler? Was war, durch Zeitumstand bedingt, logische, oft unausweichliche Entscheidung? Entscheiden kann doch nur unvoreingenommene, objektive Forschung. Meine Kritik, die von vielen Gewerkschaftsfreunden geteilt wird, wendet sich dagegen, daß Abendroths Büchlein, auf Begründung verzichtend, in ganzen fünfzig Zeilen ein apodiktisches Verdikt fällt, das die damaligen Gewerkschaftsführer schuldig spricht, in Verkenning ihrer revolutionären Aufgabe Aktionen verhindert oder Entscheidungen versäumt zu haben, die vielleicht die spätere Katastrophe hätten vermeiden lassen.

Ein Beispiel dafür, wie irreführend eine solche Methode sein kann, bietet die Polemik

um den Massenstreik. Abendroth sieht in der Haltung der Gewerkschaften einen Fehler von weltweiten bittersten Folgen. Er glaubt, es sei dadurch eine Aktion verhindert worden, die vielleicht die letzte Chance war, „durch den politischen Sturz derjenigen Schichten, die sich in den Gleisen imperialistischer Machtpolitik treiben ließen“, den Weltfrieden zu bewahren. Meines Erachtens war die Ablehnung des politischen Massenstreiks durch die Gewerkschaften die logische Konsequenz der Zeitumstände. Leider verbietet der Raum eine eingehende Darlegung des Problems des politischen Massenstreiks, wie es in dem Jahrzehnt von 1900 bis 1910 die Gemüter bewegte. Ich verweise daher auf *Evelyne Andersons* „Hammer oder Amboß“, die Arbeit einer Autorin, die doch sicher gegen den Verdacht gefeit ist, „Apologistin vergangener Fehler“ zu sein. Nach ihr lehnte der Parteitag der SPD noch 1904 einen Antrag von *Karl Liebknecht* und *Klara Zetkin*: die Partei solle die Möglichkeiten eines Generalstreiks als politische Waffe prüfen, mit großer Mehrheit ab. Der SPD-Parteitag 1905 hieß aber unter dem tiefen Eindruck, den die russische Revolution machte, „das Prinzip des Generalstreiks als politische Waffe unter gewissen Umständen“ gut. E. Anderson fährt fort: „Die Revolution endete in einer Niederlage — und eine Niederlage erlitt nun auch die, hauptsächlich gefühlsmäßig bedingte, Zustimmung der Sozialdemokratie zum Gedanken des politischen Massenstreiks. Nur Rosa Luxemburg und ihr unmittelbarer Kreis von Mitarbeitern beharrten auf ihrer früheren Ansicht. Die übrige Partei wurde von der schon immer vertretenen Meinung der Gewerkschaftsführer überzeugt, daß »Generalstreik Generalunsinn« sei.“

1908 stellte *Rosa Luxemburg* unter dem Eindruck der großen Wahlrechtsdemonstrationen erneut die Frage des Generalstreiks. Sie fand Unterstützung nicht nur von der Linken, sondern auch einiger Vertreter des revisionistischen Flügels, darunter *Eduard Bernstein*. E. Anderson sagt: „Das Parteizentrum jedoch unter Führung von *Karl Kautsky* und unter starkem Einfluß der Gewerkschaften stemmte sich gegen den Vorschlag eines Generalstreiks; der Parteitag lehnte den Vorschlag ab.“ Die kurzsichtigen, „um ihre Legalität“ besorgten Gewerkschaften waren also in guter Gesellschaft. Ihre Haltung war angesichts aller Tatbestände eine zwingende Notwendigkeit, die durch die bösen Erfahrungen im Ausland gestützt wurden.

Die von mir kritisierte Behauptung, 1914 seien die Gewerkschaftsführer bei Kriegsausbruch im „patriotischen Rausch“ mit den Massen „mitgeschwommen“, schwächt Abendroth ab, indem er schreibt: daß „keineswegs schwankend gewordene Führer die Massen falsch geleitet haben, sondern daß auch die Führungskader den Tendenzen irrender Massen gefolgt sind“. Aber auch so bleibt der „patriotische

Rausch“, ein Vorwurf, der zur Mißdeutung führen muß, zumal der Vorwurf bei Abendroth nur die Gewerkschaften trifft, während die politische Bewegung, die Sozialdemokratie, im Vordergrund stand. Auch hier verweise ich auf Evelyne Anderson, die in ihrem Buch die Haltung der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und des Auslandes recht eingehend untersucht. Sie, die keineswegs mit ihrer Kritik zurückhält, untersucht objektiv die psychologischen Untergründe der damaligen Haltung sowohl der Massen wie der Führer und schreibt: „War auch der durchschnittliche Arbeiter nicht ein Revolutionär im Sinne von Lenin oder Rosa Luxemburg — ein Hurratriot, so wie er der übrigen Welt erschien, war er auch nicht.“ Einige Sätze seien mir noch zu Otto Brenners Stellungnahme gestattet. Brenner übt keine sachliche Kritik. Nur zwei Feststellungen. Meine Bemerkung, daß der Generalstreik zur Abwehr des Kapp-Putsches auch die Unterstützung weiter Kreise außerhalb der Arbeiterbewegung fand (ein historisches Faktum, das Brenner nicht wegleugnen kann), läßt ihn schreiben: „Dann war (nach Spliedt) die Haltung der Gewerkschaften zum Kapp-Putsch von nebensächlicher Bedeutung und sie hätten nur in einen Kampf eingegriffen, der praktisch schon entschieden war. Spliedt ist es also, der in diesem Fall die große Leistung der Gewerkschaften während des Kapp-Putsches — um mit seinen Worten zu sprechen — «diskreditiert». So läßt sich nicht polemisieren. Wer,

wie ich als Leiter eines Verbandes, aktiv an der Leitung des Streiks teilnahm, weiß, daß gerade der Streik durch die Abspernung aller Kampfmöglichkeiten Kapp binnen weniger Tage zur Flucht trieb. Wenn zugleich weite Teile des Bürgertums, der Beamten, der Polizei usw. auf unserer Seite gegen Kapp standen, so ergab sich 1920 eine Situation, zu der vergleichsweise die Lage 1932/33 im Kampf gegen die Nazibewegung völlig verändert war — und darum ging es bei meiner Kritik.

Brenner sieht in mir den unbelehrbaren Berufsverbänder, der „die Zeichen der Zeit nicht versteht, daß er die ihm lieb gewordenen Berufsverbände auch heute nicht missen möchte und das Rad der Geschichte zurückdrehen will“, weil ich schrieb, daß „der Industrieverband die Angehörigen einiger Berufe organisatorisch auseinandergerissen und, durchaus nicht vereinzelt, zu einer Schwächung ihrer Organisation geführt hätte“. Brenner wird, wenn er sich umtut, meine Feststellung bestätigen müssen. Es gibt eben auch in Organisationsfragen keine hundertprozentig befriedigenden Lösungen. Beim Wiederaufbau der Gewerkschaften konnte es nur den Industrieverband geben als Folge einer Entwicklung, die in schnell steigendem Maße immer mehr Berufssparten im gleichen Betrieb vereinigt. Läßt der Industrieverband auch hier und dort, vor allem in reinen Handwerksbetrieben Hemmungen entstehen, so bleibt er doch das der industriellen Entwicklung angepaßte Prinzip.

Franz Spliedt